



Interviews

Interview mit Marcel Fratzscher, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) zur Diskussion über das Bürgergeld - CDU-Generalsekretär Linnemann fordert "Systemwechsel"

"Informationen am Morgen", 15.11.2023, 6:50 Uhr

Tobias Armbrüster: Es geht um das Bürgergeld. Seit dem 1. Januar, ein knappes Jahr also, gibt es das ja. Es hat das Hartz-IV-System damals abgelöst und Arbeitslose – das war der Plan – sollen damit unbürokratischer ihr Geld bekommen und sie erhalten damit außerdem mehr als früher. Für das kommende Jahr ist bereits die nächste Erhöhung geplant. Ab Januar werden es für eine alleinstehende Person 563 Euro statt aktuell 502 Euro im Monat sein.

Immer wieder ist jetzt zu hören, dass sich mit dem Bürgergeld in sehr vielen Jobs die Arbeit kaum noch lohne. Die Union hat deshalb schon gefordert, das Bürgergeld wieder abzuschaffen oder zumindest eine gemeinnützige Arbeit ab dem sechsten Monat zur Pflicht zu machen. Aus der Ampel-Koalition kommt dazu eine klare Absage.

Wir wollen uns den ganzen Streit einmal genauer anschauen – mit Marcel Fratzscher, dem Präsidenten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung. Schönen guten Morgen, Herr Fratzscher.

Marcel Fratzscher: Guten Morgen, Herr Armbrüster.

Armbrüster: Herr Fratzscher, hält das Bürgergeld die Bürger tatsächlich vom Arbeiten ab?

Fratzscher: Nein, das sehen wir nicht. Das zeigen auch unsere wissenschaftlichen Studien nicht. Es gibt kein Argument zu sagen, die Leute kündigen jetzt, weil es das Bürgergeld gibt. Auch wenn man sich die Entwicklung der Sätze, jetzt Bürgergeld, vorher Hartz IV, und beispielsweise den Mindestlohn anschaut: Seit 2015, seit Einführung des Mindestlohns ist hier der Abstand gleichgeblieben. Er hat sich nicht verringert. Klar, man kann darüber streiten, ist der Abstand groß genug, aber all das, was wir sehen, ist, dass das Bürgergeld nicht die Menschen vom Arbeiten abhält. Klar, es mag Einzelfälle geben, aber für die große Mehrheit gilt das nicht.

Armbrüster: Weshalb hören wir dann in diesen Tagen so häufig von Bäckereibetrieben oder auch von Gaststättenbetreibern, wo die Chefs, die Unternehmer sagen, bei uns kündigen Leute, weil das Bürgergeld, weil diese Zahlungen vom Staat einfach zu attraktiv sind?

Fratzscher: Na ja. Es mag sicherlich punktuell Menschen geben, die das tun. Da ist gar kein Zweifel. Menschen, die Bürgergeld beziehen, sind keine besseren Menschen, sind auch keine schlechteren Menschen als die, die sehr viel verdienen. Es mag das punktuell geben, aber nochmals: Das was wir wissen aus wissenschaftlichen Studien ist, dass die große Mehrheit gerne arbeiten möchte. Arbeit ist für die große Mehrheit sinnstiftend. Es gibt Respekt, gibt Anerkennung, gibt eine Aufgabe. Es gibt auch deutlich mehr Geld, wenn man arbeitet. Auch das ist ein Mythos zu behaupten, jemand würde mehr Geld bekommen, wenn er nicht arbeitet. Das stimmt schlichtweg nicht.

Armbrüster: Entschuldigen Sie, wenn ich Sie da unterbreche. Er oder sie bekommt nicht unbedingt genau das gleiche oder mehr Geld, aber Sie haben es ja in Ihrer ersten Antwort gesagt: Möglicherweise ist der Lohnabstand nicht groß genug. Es genügt ja möglicherweise schon, wenn jemand auch nur annähernd so viel bekommt von Bürgergeld, als wenn er tatsächlich arbeiten würde.

Fratzscher: Na ja, und das stimmt auch wiederum nicht. Selbst bei einer Single-Person ist der Unterschied je nach Region, je nach Stadt – das hängt immer davon ab, wie hoch dann die sozialen Leistungen sind – aber schon in der Regel 250, 300 Euro. Wenn Kinder dazu kommen, dann ist es noch mal mehr. Der Unterschied ist da, der ist nicht kleiner geworden über die Zeit. Man kann jetzt nicht sagen, der Abstand ist heute kleiner, als er vor zehn Jahren oder vor fünf Jahren war. Das stimmt schlichtweg nicht. Selbst trotz der Einführung des Bürgergeldes ist dort der Abstand nicht kleiner geworden, und man muss auch sagen, gerade wenn man jetzt über die Erhöhung diskutiert, das ist ja nicht so, dass die Menschen jetzt wirklich mehr in der Tasche haben von der Kaufkraft her. Wir dürfen nicht vergessen: Die Inflation war im vergangenen Jahr acht Prozent, in diesem Jahr wahrscheinlich noch mal sechs Prozent im Durchschnitt. Menschen mit geringem Einkommen haben eine doppelt bis dreimal höhere Inflation. Auch die, die Bürgergeld beziehen. Lebensmittel sind sehr viel teurer geworden als andere Dinge und das heißt, wenn man sich mal wirklich anschaut, was ist bei der Kaufkraft, bei der Bürgergelderrhöhung, bei den 61 Euro, die Sie eben genannt haben; da ist ja nicht mehr da, sondern eher weniger. Das muss man auch ehrlicherweise dazusagen. Ja, die Sätze werden erhöht, aber sie gleichen noch nicht mal die Inflation, die höheren Lebenskosten aus.

Armbrüster: Es sind immerhin zwölf Prozent mehr ab Januar 2024 und da fragen sich viele, ist das nicht ein bisschen viel. Das ist zumindest mehr als in vielen Tarifrunden in den letzten Monaten rausgekommen ist.

Fratzscher: Ja, aber man muss auch berücksichtigen, hier handelt es sich um eine Erhöhung, die nach zwei Jahren zustande kommt. Das gleicht die Inflation für die Menschen, die wenig Einkommen haben, noch nicht einmal aus. Auch der Mindestlohn wurde ja von 10,45 Euro im vergangenen Jahr auf zwölf Euro erhöht. Auch da ist ein deutlicher Schritt nach oben bei den Löhnen gewesen. Der Lohnabstand ist da nicht kleiner geworden. Auch das gehört dazu. Egal wie man es dreht oder wendet, der Lohnabstand ist nicht geringer geworden.

Armbrüster: Woran liegt es dann, Herr Fratzscher, dass es nach wie vor in Deutschland so viele Arbeitslose gibt und gleichzeitig so viele Unternehmen, die händeringend nach Arbeitskräften suchen?

Fratzscher: Wir haben recht wenig Arbeitslose. Wir haben Rekordbeschäftigung. Wir haben 46 Millionen Menschen, die arbeiten. So viele hat es nie in Deutschland in Arbeit gegeben. Die Arbeitslosenquote ist relativ gering. Das liegt eher daran, dass wir beispielsweise Geflüchtete aus der Ukraine haben, die nicht alle sofort in den Arbeitsmarkt kommen, obwohl auch dort die Integration im Großen und Ganzen sehr gut ist. Die Arbeitslosigkeit ist relativ gering und der Grund für die große Fachkräfte-, große Arbeitskräftelücke ist nun mal die Demographie. Wir haben eine schrumpfende Bevölkerung, Erwerbstätigenbevölkerung, immer mehr ältere Menschen, die in Rente sind. Das ist aber nicht die Schuld derer, die nicht arbeiten. Und die, die nicht arbeiten, auch da wissen wir ja, wieso sie nicht arbeiten. Das sind ganz häufig Menschen, die aus gesundheitlichen Problemen das nicht können, die vielleicht alleinerziehend sind. Da gibt es fehlende Kinderbetreuung. Und wir dürfen auch nicht vergessen: Es gibt sehr viele Menschen, knapp zwei Millionen, die arbeiten und trotzdem nicht genug Geld haben und trotzdem zusätzliche soziale Leistungen benötigen. Anstelle jetzt über das Bürgergeld und die Höhe zu klagen, die wirklich nicht zu hoch ist, sollten wir darüber diskutieren, wie Arbeit sich mehr lohnt, und das ist das wirkliche Problem. Wenn Menschen arbeiten, mehr Stunden arbeiten oder einen höheren Lohn haben, dann wird durch das Abziehen von sozialen Leistungen häufig fast alles des zusätzlichen Einkommens weggenommen, und da liegt das Problem. Wir müssen den Arbeitsmarkt und die Löhne angucken. Arbeit muss sich mehr lohnen, damit die Menschen, die in Arbeit sind, wirklich davon leben können.

Armbrüster: Das heißt, Sie fordern auch, dass Bürgergeldempfängerinnen und Empfänger zusätzlich arbeiten können sollen und dieses Geld auch behalten sollen, dass ihnen das

nicht verrechnet wird mit dem Bürgergeld? – Das ist jetzt schon der Fall; Sie fordern da nur mehr Möglichkeiten bei diesem sogenannten Hinzuverdienst. Verstehe ich Sie da richtig?

Fratzcher: Genau. Die ersten 100 Euro nach dem Bürgergeld dürfen sie zu 100 Prozent behalten. Aber wenn Sie dann mehr arbeiten, dann wird zum Teil 80, 90 Prozent jedes Euros, den Sie mehr verdienen, abgezogen durch soziale Leistungen, und das ist das Problem. Das Problem ist nicht, arbeite ich oder arbeite ich nicht durchs Bürgergeld. Sondern das Problem ist, dann, wenn Sie arbeiten, mehr zur Arbeit oder einen höheren Lohn zu bekommen. Da wird Ihnen dann häufig fast jeder Euro wieder weggenommen und das ist das Problem, dass sich mehr Arbeit, wenn Sie mal in Arbeit sind, kaum lohnt für die Menschen.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.